

Momentum Kongress 2012

Eva Maltschnig

eva.maltschnig@reflex.at

Abstract: Policy Paper

*Politische Parteien in der Demokratie*

Politische Parteien waren schon mal in besserer Form. Korruptionsskandale und Ideenlosigkeit verstärken aktuell die PolitikerInnen- und Politikverachtung, die zwischen Stammtischdunst und Leitartikeln längst zu Hause ist. Und doch gibt es sie. PiratInnen, rebellische Rote und experimentierfreudige Grüne, die sich mit Parteien, in Parteien, für Parteien engagieren, gerade weil sie sich schlecht vertreten fühlen und etwas verändern wollen. Dringend nötig ist das allemal, denn gute Parteien sind eine Voraussetzung für funktionierende Demokratien.

Dass Parteien in ihrer aktuellen Form nicht mehr zeitgemäß seien und durch direkte Formen demokratischer Beteiligung ersetzt werden müssten, ist eine vielstrapazierte Hypothese. Auch in aktuellen Protestbewegungen ist das Misstrauen gegenüber Parteien immer Thema, der Ruf nach einem neuen „System“, in dem Parteien nicht mehr vorkommen, schimmert durch. „Wir sind die, die nicht mehr ihre Stimmen in Urnen werfen werden, wir werden sie behalten, damit wir schreien können, wir sind wütend!“<sup>1</sup> - so in etwa hört sich das dann an. Mehr direkte Demokratie wollen alle, auch Heinz Christian Strache, Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs hat sich das auf die Fahnen geschrieben.<sup>2</sup> Spätestens hier sollte man hellhörig werden: Nutzen PopulistInnen ein vermeintliches Demokratiedefizit für ihre Zwecke? In jedem Fall kommt man an einem genaueren Blick auf politische Parteien nicht vorbei.

Es ist einfach, Parteien nicht zu mögen. Und trotzdem können wir auf Parteien nicht verzichten. Sie reduzieren Komplexität, geben der Politik eine nachvollziehbare Form, bilden PolitikerInnen aus. Parteien vermitteln, sie folgen bestimmten Regeln, um politische Positionen auszustreiten. Und in gewisser Weise sind sie das diametrale Gegenteil des „mündigen Bürgers“, der für sich spricht und sich selbst vertritt. „Demokratische politische Organisation beruht auf einem immanenten Paradox,

---

<sup>1</sup> Roland Düringer in seiner „Wutbürgerrede“ in Dorfers Donnerstark im Dezember 2011, <http://www.youtube.com/watch?v=zfc1pHQ4c8Y> (zuletzt abgerufen am 22.04.2012)

<sup>2</sup> „Die reine parlamentarische Demokratie sei gescheitert und habe durch Lobbyismus und Netzwerkpolitik ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Daher müsse sie durch die Einführung der direkten Demokratie gerettet werden.“ <http://www.fpoe.at/news/detail/news/strache-direkte-demokratie-na/?cHash=333f70da661b11323d3a89589eb13232> (zuletzt abgerufen am 22.04.2012)

denn Organisation bedeutet immer eine Verletzung direkt-demokratischer Ideale.“<sup>3</sup>, bringt es die Soziologin Jasmin Siri auf den Punkt. Parteien stehen zwischen den Individuen und der Politik, und müssen sich an einer unmöglichen Aufgabe versuchen: Zwischen ihnen zu vermitteln, und zwar so, dass sich alle im Ergebnis wiederfinden. Das funktioniert selten gut, klappt aber besser, als die Politik dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Gibt es Parteien als Vermittlerinnen nicht, gewinnen die, denen es gut geht. Weniger Regulierung fördert Macht- und Geldkonzentration. Parteien regulieren politische Prozesse, und in dieser Funktion sind sie für unsere Demokratie unverzichtbar.

Systematische Ausbildung von PolitikerInnen sowie die Vorbereitung politischer Entscheidungen sind weitere Aufgaben, die Parteien in einer Demokratie erfüllen müssen.

In diesem Policy Paper soll für Parteien Position bezogen werden: Sie sind nach wie vor zeitgemäße Elemente in der Politik, die veränderbar sind und verbessert werden müssen. Wir brauchen mehr Formen der politischen Partizipation, aber als Ergänzung, und nicht als Ablöse politischer Parteien. Dieses Argument soll mit Praxisbeispielen illustriert werden. Die Rolle von Parteien in der direkt-demokratischen Schweiz sowie das Verhältnis von Parteien und Bürgerbewegungen bzw. Bürgerlisten sollen zu diesem Zweck genauer unter die Lupe genommen werden. Welche Rolle können Parteien in verschiedenen Formen der Demokratie einnehmen, wie interagieren sie mit der Zivilgesellschaft? Diese Fragen sollen an konkreten Beispielen diskutiert werden und so beim Unterscheiden helfen: Welche Probleme liegen in der Parteiorganisation begründet, sind also eine Frage des Organisationsmanagements, und wo scheitert es an den Rahmenbedingungen? Denn erst beim genauen Hinsehen wird deutlich, wo die tatsächlichen Leistungsdefizite politischer Parteien in zeitgemäßen Demokratien liegen. Zum Ende möchte ich diskutieren, welche davon wir wie beheben können.

---

<sup>3</sup> Jasmin Siri, „Die Krise der Parteien und der Sündenfall politischer Organisation,“ *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, no. 6 (2011): 25-27, Zitat auf 26.